



## Europäische Bildung neu denken – Politische Forderungen und Perspektiven

Allerorten wird derzeit über die Zukunft Europas diskutiert, gerne unter dem Stichwort „Europa neu denken“. Als EBB-AEDE versuchen wir schon seit einiger Zeit unseren Beitrag mit dem Fokus auf die europäische Bildung zu leisten. In diesem Rahmen können wir 3 Knackpunkte als Zwischenfazit festhalten, die auch im bevorstehenden Wahlkampf zum EU-Parlament eine Rolle spielen sollten.

1) Die EU, d.h. Kommission und Parlament, brauchen das Recht, europäische Bildung (= Bildung über sich selbst) *mit* zu gestalten, damit in dieses Thema auch eine europäische Perspektive kommt und nicht nur 28 nationale Perspektiven auf (oder gar gegen) Europa addiert werden. Die diskret größer werdenden Versuche des Parlamentes und der Kommission bestätigen die These, dass eine solche Bildungsarbeit sinnvoll und möglich ist. Deshalb müssen Kommission und Parlament sich das Recht nehmen, für Quantität und Qualität des Schulunterrichts über die EU und ihre Ziele und Werte, 'Mindeststandards' zu entwickeln und deren Erreichung mit den üblichen Methoden regelmäßig zu überprüfen.

2) Eine auf der Basis der Pariser Erklärung der EU-Bildungsminister erfolgende Neu-Legitimierung ihrer Bildungsarbeit würde es der EU zudem ermöglichen, das Erasmusprogramm von der Notwendigkeit zu befreien, (nur) wirtschaftlich nützliche Bildung zu betreiben und auf das Wirtschaftskonzept 'Lissabon 2020' auszurichten. Stattdessen muss der EU die Möglichkeit gegeben werden, eine interkulturelle politische Bildung zu entwickeln und muss die offensichtlich zu erwartende Steigerung der finanziellen Mittel für das Erasmusprogramm dazu genutzt werden, die pädagogische Qualität zu verbessern.. Das bisherige Erasmusprogramm ist viel zu stark von der Kontakthypothese bzw. der interkulturellen Naivität geprägt, die davon ausgeht, dass es z.B. reicht, junge Menschen per Interrail durch Europa reisen zu lassen, damit interkulturelles Lernen geschieht. Es gibt genügend Studien, die belegen, dass eine qualifizierte pädagogische Begleitung die Chancen deutlich erhöht, dass die durch die Reisen angestoßenen Lernprozesse zu einem Abbau von Vorurteilen führen und nicht zu einer Bestätigung und Bestärkung vorhandener (Feind)Bilder führen.

3) Diese Qualitätssteigerung kann durch eine bessere Verknüpfung der verschiedenen Dimensionen des Programms und durch eine Verflechtung des Bildungsprogramms mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Institutionen erreicht werden. Konkret kann das heißen, dass Studierenden z.B. die Teilnahme an interkulturellen Vorbereitungs- und Auswertungsseminaren ebenso wie die Mitarbeit in Schulen oder Europahäusern im Gastland empfohlen und finanziell gefördert wird. Das Programm „Europa macht Schule“ kann hierbei als Vorbild dienen.

Im Schulbereich sollten die Nationalen Agenturen verpflichtet werden, ihre Informations- und Bildungsarbeit zum Erasmusprogramm mit zivilgesellschaftlichen Trägern der europäischen und interkulturellen (Jugend)Bildungsarbeit (Europahäuser, Jugendverbände, Bildungsstätten, Stiftungen, ...) mit dem Ziel zu vernetzen, die dort vorhandenen Kompetenzen für die schulische Arbeit zu erschließen. Dies kann sowohl durch die Einrichtung von entsprechenden Beiräten auf nationaler und europäischer Ebene geschehen als auch durch die Übernahme von Moderatorenstellen durch Fachkräfte der europäischen und interkulturellen Bildungsarbeit.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass europäische Bildung Thema im Eurowahlkampf wird und auf die Agenda des Europaparlamentes und der nächsten EU-Kommission kommt!

Alfons Scholten, Vorsitzender EBB-AEDE e.V.

